



KOMMENTAR

Wahlen 2016

Fast nichts Neues im Nordosten

So oder so ähnlich hätte ich vorgestern noch meinen ersten Kommentar in Vorbereitung der diesjährigen Landtagswahl übertiteln können. Inzwischen sind wenigstens schon zwei Wahlprogramme schwerpunktmäßig bekannt geworden. Wer jetzt allerdings annimmt, dass die Transparenzgurus von Bündnis 90/Die Grünen die Nase vorn haben. Da kann ich nur sagen: weit gefehlt! Es ist eine Sache, von jedermann Transparenz zu fordern und es ist eben eine andere Sache, selbst Transparenz zu üben. Nein, die Nase vorn haben die Linken und die CDU.

Bei der Linkspartei ist mir auf den ersten Blick der Unterschied zwischen vollmundigen Landtags-(Sonntags-)Reden und deren Praxistauglichkeit deutlich geworden. Die nüchterne Programmatik will längst nicht mehr Fehler aus der Vergangenheit heilen, stattdessen soll aber immerhin der personelle Status quo festgeschrieben werden. Auch ein Einstellungskorridor soll her. Und wie immer hat alles seinen Preis. Polizisten sollen sich zukünftig kennzeichnen lassen, die Vorratsdatenspeicherung, Videoüberwachung und Maßnahmen der TKÜ gehören verboten und die „Extremismusklausel“ muss „zum Schutz aller Demokraten“ gestrichen werden. Was kommt danach?? Kippt dann das Vermummungsverbot. Nun gut, die Linken sind ja dafür bekannt, die Schuldigen für Ausschreitungen bei Demonstrationen aufseiten der Polizei zu suchen. Und irgendwas muss man ja den linken Strömungen innerhalb der Linken bieten.

Die CDU steht für einen starken Staat und mehr Polizei, so jedenfalls steht's im Programm. Dazu sollen 555 zusätzliche Planstellen ausschließlich für die Stärkung der Polizeireviere (!!) geschaffen werden. Das sind 15 zusätzliche Beamte pro Polizeirevier, oder anders formuliert – der Stellenklau der letzten Jahre wird fast komplett zurückgenommen. Interessant ist, dass sich die CDU damit nicht nur an unserer „Fünfhunderter“-Forderung orientiert, sondern diese sogar noch toppt. Des Weiteren spricht sie sich klar gegen die Kennzeichnung von Polizisten im Dienst aus und sichert stattdessen einen „besonderen gesetzlichen Schutz

der Polizisten und ihrer Familien vor Übergriffen außerhalb der Dienstzeit“ zu. Komplettiert wird das Ganze durch „ein Sofortprogramm für moderne Polizeidienststellen“ und einer verbesserten Ausstattung auf höchstem Niveau. Da kann man nur hoffen, dass die Finanzministerin nicht wieder SPD auf ihrem Parteibuch zu stehen hat. Aber nichts Genaues weiß man nicht, denn die SPD strickt nun schon wie die Grünen demokratisch an ihrem Programm rum, lässt aber auch den Transparenzverhinderungsgesetzmaßbigkeiten huldigend nicht viel an die Öffentlichkeit dringen. Die „Gemeinsache Sellering“ gehört derzeit noch zu den Nachtschattengewächsen. Unsere Wühlmaus konnte schon einmal in die ein oder andere Ecke luschern, aber Sicherheit, innere Sicherheit und Polizei fand sie nicht wirklich. Dafür aber markige Parolen wie „Starke Wirtschaft und gute Arbeit“ oder „Sozialer Zusammenhalt“ oder „SPD bleibt auch in Zukunft Kita-Partei“ (??). Gerade Letzteres zeigt, dass nicht immer in der Kürze auch die Würze liegt. Manchmal gibt man auch etwas preis, was man besser für sich behalten hätte. Aber etwas hält die SPD schon heute für ihre Wähler bereit – ein starkes Internet.

Ich für meinen Teil hoffe, dass nun auch die Letzten in die Puschen kommen. Da wir uns aber nicht darauf verlassen, werden wir den Parteien konkrete Wahlprüfsteine vorlegen. Dann kann sich jeder seine eigene Gedanken machen.

Und dann würde es so manchem Kollegen schon reichen, wenn der Wahlkampf friedlich ablaufen würde



GdP-Landesvorsitzender Christian Schumacher

und nicht jeder Wahlkampfstand, jede Wahlveranstaltung oder Demonstration mit einem polizeilichen Großaufgebot begleitet werden müssten. Vielleicht hätten dadurch die Angehörigen der Polizeibesetzten ein wenig mehr Zeit für wirkliches Familienleben und nicht immer die Angst im Nacken, dass die oder der Partner verletzt nach Haus kommt.

Euer Christian Schumacher

PODIUMSDISKUSSION

Termin

Der Landesvorstand der Gewerkschaft der Polizei (GdP) und die Kreisgruppe Schwerin der Gewerkschaft der Polizei (GdP) laden Euch am Donnerstag, dem **2. Juni 2016, um 17 Uhr** in das **Polizeizentrum Schwerin**, Kantine, Graf-Yorck- Str. 6, 19061 Schwerin, zur Podiumsdiskussion mit den Kandidatinnen und Kandidaten der Parteien zur Landtagswahl im September 2016 ein.

Die aktuelle politische Situation in Deutschland stellt – neben anderen gesellschaftlichen Bereichen im Land – unsere Landespolizei vor besondere Herausforderungen. Auch zukünftig werden wir uns diesen hohen Anforderungen stellen.

Wir wollen bei der Podiumsdiskussion aus erster Hand erfahren, wie sich die Parteien zu sicherheitspolitischen Fragen und insbesondere zur Personalsituation der Landespolizei positionieren.



PKS 2015 gibt keinen Anlass zur Entwarnung

„Die von Innenminister Lorenz Caffier am 12. April 2016 vorgestellte PKS 2015 gibt keinen Anlass zur Entwarnung“, so der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Christian Schumacher.

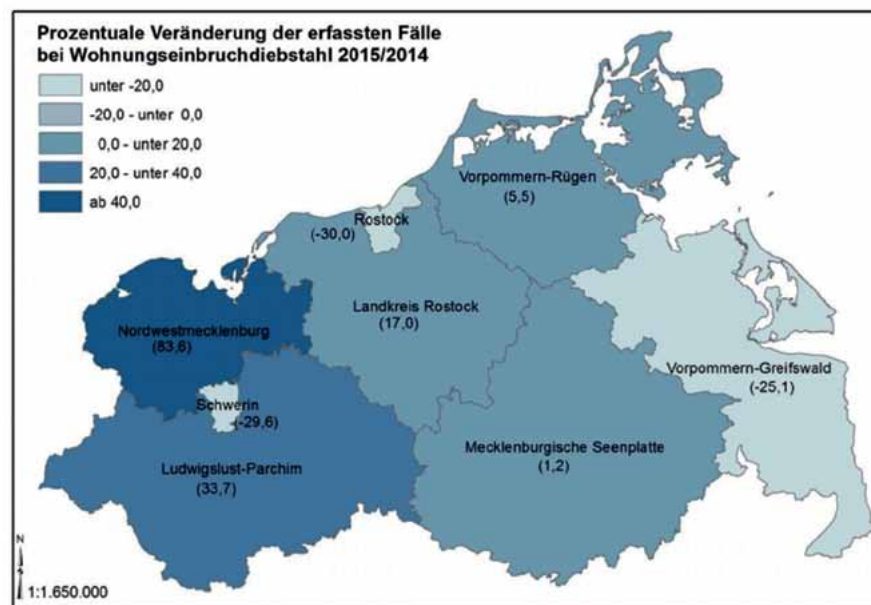
Der GdP-Vorsitzende weiter: „Im Gegenteil! Die PKS 2015 ist exakt ein Abbild unserer Warnungen.

Nach wie vor sind Wohnungseinbrüche trotz aller Präventionsmaßnahmen nicht deutlich zurückgegangen und verunsichern damit die Menschen in unserem Land. Auch der Vormarsch der Delikte rund ums Internet ist neben der hohen

fessionelle polizeiliche Arbeit erreicht. Dafür gebührt allen Beschäftigten der Landespolizei Dank und Anerkennung. Es darf aber nicht verschwiegen werden, dass all dies auf den Knochen meiner Kolleginnen und Kollegen erkauft wird. Deshalb muss jetzt dringend für Entlastung gesorgt werden. Aus Sicht der Gewerkschaft der Polizei kann dies nur eins bedeuten: Die Polizei benötigt mehr Personal!“

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss für die Ausgabe Juli 2016 DEUTSCHE POLIZEI, Landesjournal M-V, ist der 6. 6. 2016. Die Redaktion behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Leserzuschriften vor. Dieser Inhalt muss nicht in jedem Fall mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Garantie übernommen. Anonyme Zuschriften werden nicht veröffentlicht.



Kartengrundlage: Verwaltungskarte Mecklenburg-Vorpommern

Quelle: PKS 2015 M-V



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Mecklenburg-Vorpommern

Geschäftsstelle:
Platz der Jugend 6
19053 Schwerin
Telefon: (0385) 20 84 18-10
Telefax: (0385) 20 84 18-11

Redaktion:
Verantwortlicher Redakteur
für das Landesjournal
Mecklenburg-Vorpommern
Marco Bialecki
Telefon: (03 85) 20 84 18-10

Post bitte an die
Landesgeschäftsstelle (s. oben)

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 38
vom 1. Januar 2016
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2798

Dunkelziffern für mich höchst bedenklich.“

Die Gewerkschaft der Polizei unterstützt den Innenminister ausdrücklich in seiner Feststellung, dass die Arbeit der Landespolizei nicht nur durch die Kriminalität geprägt wird. Die Flüchtlingskrise, Einsätze aufgrund von Demonstrationen, der Absicherung von Fußballspielen und viele andere Maßnahmen haben die Polizei auch 2015 sehr stark belastet.

Dank und Anerkennung

Schumacher weiter: „Leichte Rückgänge in einzelnen Deliktsbereichen und die gestiegene Aufklärungsquote wurden nur durch pro-

HINWEIS

Änderungsmitteilung

Solltet Ihr umgezogen sein, oder Eure Bankverbindung hat sich geändert bzw. Ihr habt eine neue Amtsbezeichnung erhalten, so meldet dies bitte der GdP-Landesgeschäftsstelle.

**Gewerkschaft der Polizei (GdP)
Landesbezirk M-V
Platz der Jugend 6,**

**19053 Schwerin, oder:
- per Fax an: 03 85/20 84 18-11
- per E-Mail: GdPMV@gdp-online.de**



DER LANDESVORSTAND

Der gewaltbereite Extremismus hat gravierend zugelegt

„Die Landespolizei in Mecklenburg-Vorpommern war bei der Bekämpfung der politisch motivierten Kriminalität (PMK) im letzten Jahr besonders gefordert worden. Das zeigt die PMK-Statistik 2015 deutlich und kann durch unsere Kolleginnen und Kollegen im täglichen Einsatz bestätigt werden“, so der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Christian Schumacher.

Schumacher weiter: „Die Personalkürzungen bei der Polizei haben in den letzten Jahren zu erheblichen Sicherheitsdefiziten geführt. Dem muss endlich entgegengesteuert werden. Ich plädiere für eine deutlich verbesserte Präventionsarbeit, eine verstärkte polizeiliche Präsenz, einen intensiven Austausch im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit und eine offensive Öffentlichkeitsarbeit.“

Steigerung um 25,8 Prozent

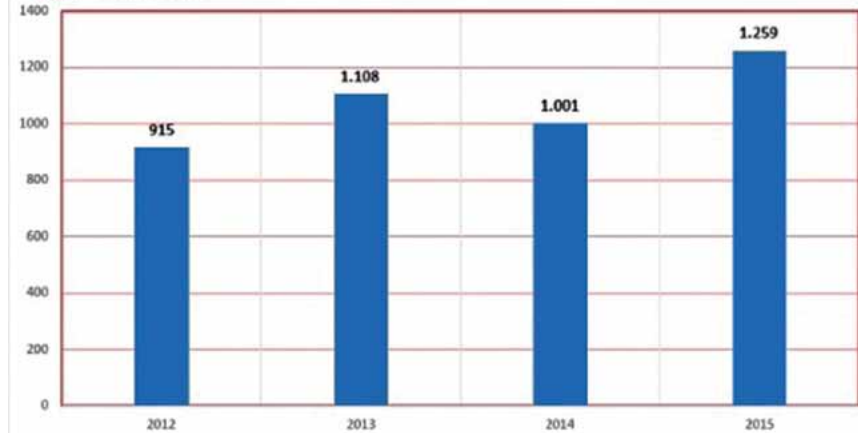
Laut durch Innenminister Caffier vorgestellter PMK-Statistik ist die Zahl der politisch motivierten Straftaten im vergangenen Jahr in Mecklenburg-Vorpommern um 25,8 Prozent gestiegen.

Der Anteil der Gewaltdelikte (bspw. Körperverletzungen, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und Landfriedensbruch) hat sich gegenüber 2014 mehr als verdoppelt. Schumacher: „Das ist der höchste Stand seit über zehn Jahren.“

Der Landesvorsitzende der GdP, Christian Schumacher, appelliert des-



Entwicklung der Straftaten gesamt in MV - Politisch motivierte Kriminalität 2015 -



halb schon heute an die Teilnehmer der am 1. Mai in Schwerin geplanten Demonstrationen und Aufzüge, ihre Ziele friedlich zu vertreten und den Gewaltbereiten keinen Schutz zu gewähren. Schumacher: „Der 1. Mai ist der Tag der Arbeitnehmerinnen und Arbeit-

nehmer sowie der Arbeitnehmerrechte. Meine Kolleginnen und Kollegen sind zu weit über 60 Prozent in Gewerkschaften organisiert. Auch sie sind Arbeitnehmer, die das Recht haben, gesund und unverletzt von der Arbeit nach Hause zu kommen.“

Jeder Tote, jeder Verletzte im Straßenverkehr ist einer zu viel!

Die Verkehrsunfallentwicklung in unserem Bundesland liegt über dem Bundestrend. Dieses Ergebnis zeigt die Unfallstatistik für das vergangene Jahr. Auf unseren Straßen sind 2015 mehr Menschen getötet und verletzt worden als in den Vorjahren. „Das ist leider die traurige Wahrheit“, so der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Christian Schumacher.

Die GdP beklagt seit Jahren, dass der stattfindende Personalabbau in der Landespolizei auch Auswirkungen auf die verkehrspolizeiliche Arbeit hat. Der polizeiliche Verkehrsüberwachungsdruck nimmt ab, da eine dauerhafte polizeiliche Präsenz nicht mehr gegeben ist. Schumacher: „Wir müssen der Leichtsinnigkeit, Rücksichtslosigkeit und Regelwidrigkeit im Straßenverkehr den Kampf ansagen. Unser Ziel muss es sein, die Akzeptanz der Verkehrsregeln nachhaltig zu verbessern und ein stärkeres Bewusstsein der Verkehrsteilnehmer für die selbst gesetzten Gefahren zu wecken.“



Die Arbeit der Polizei auf der Straße muss sich beispielsweise durch mehr Prävention und Verkehrserziehung in Schulen und Kitas wieder bezahlt machen. Hier muss unbedingt nachgebessert werden und die Politik ist gefordert, hier die erforderlichen Rahmenbedingungen zu schaffen.



Kampagne für mehr Polizei startet in Schwerin

„Der Leidensdruck in der Polizei ist groß. Die Frustration erreicht Spitzenwerte. Die Polizei gewährleistet zwar die öffentliche Sicherheit und Ordnung, aber wirklich erfolgreiche Polizeiarbeit findet kaum noch statt. Insbesondere in den Flächendienststellen ist man aufgrund der weiten Wege kaum noch in der Lage, präventiv Streife zu fahren. Wenn man zeitgleich einen Gewaltnotruf, einen Unfall mit Verletzten und einen Einbruchsalarm bekommt, kann man sich nur noch entscheiden, wen man warten lässt. Wartezeiten von mehr als einer Stunde sind daher nicht mehr ungewöhnlich. Und die Beschwerden bekommen die Kollegen vor Ort fast handgreiflich zu spüren,“ so der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Mecklenburg-Vorpommern.



Schumacher weiter: „Seit Jahren werden wir kaputtgespart. Wenn man in den letzten Jahren über 1000 Beschäftigte verloren hat, sind zusätzliche 100 Stellen, die auch nur zeitlich befristet sind, nicht mal mehr der Tropfen auf dem heißen Stein. Wir haben diese Verstärkung sehr begrüßt, aber immer erklärt, dass es nur der Anfang sein kann. Wir erwarten mit Blick auf die Landtagswahlen klare Aussagen der Parteien, wie es weitergehen soll.“

Bisher verhallen die Warnungen der GdP ungehört. Deshalb hat sich die Gewerkschaft der Polizei entschlossen, die Öffentlichkeit und deren Unterstützung zu suchen.

Mit ihrer Kampagne für mehr Personal richtet die GdP einen dringenden Appell an die Landesregierung für eine sofortige Abkehr der jahrelangen Sparpolitik bei der Polizei. „Die Polizei ist gezwungen, sich aus der Fläche zurückzuziehen. Das gefällt keinen der Menschen in unserem Land. Wir brauchen Verstärkung, jetzt!!!“, so der GdP-Landesvorsitzende abschließend.

Weitere Informationen zur Kampagne sind unter <http://www.wir-brauchen-verstaerkung.info/> zu finden.

KG NW-MECKLENBURG



Die Kreisgruppe gratulierte „Conny“ zum 50. Geburtstag!

KG GREIFSWALD

Glückwunsch

„Vergangenheit ist Geschichte, Zukunft ist Geheimnis, aber jeder Augenblick ist ein Geschenk!“

Wir wünschen unseren Kreisgruppenmitgliedern Frank Stolzenburg zum 50. und Uwe Bluhm zum 60. Geburtstag alles Gute. Wir wünschen Euch für das neue Lebensjahr viel Erfolg und eine große Portion Glück und Gesundheit!

Euer Vorstand der KG Greifswald

SOCIAL MEDIA

GdP M-V auf Facebook



Klickt Euch „rein“, werdet Freunde. Und nicht vergessen, wenn's Euch gefällt: Klickt auf den „gefällt mir“-Button.

www.facebook.com/gdp.mv



DER LANDESVORSTAND

Vertreter der Gewerkschaft der Polizei berichten auf Personalversammlungen

In den zurückliegenden Wochen fanden in den Polizeiinspektionen Anklam, Ludwigslust, Schwerin und Stralsund die turnusmäßigen Personalversammlungen statt. Hierzu war die Gewerkschaft der Polizei gemäß § 45 PersVG M-V eingeladen worden.

Der Landesvorsitzende der GdP, Christian Schumacher, bzw. der stellv. Landesvorsitzende Jörn Liebig waren bei den Personalversammlungen anwesend und nutzten die Gelegenheit, um in ihren Grußworten unsere Kolleginnen und Kollegen über die aktuellen und wichtigsten Schwerpunkte unserer Gewerkschaftsarbeit zu informieren. Insbesondere haben wir über die bundesweite GdP-Aktion „Wir brauchen Verstärkung“ berichtet und was die Landes-GdP bisher getan hat, um die desolante Stellensituation

der Landespolizei in unserem Bundesland zu entschärfen. Zahlreiche Nachfragen, auch zu Organisations- und Besoldungsfragen und zu anderen brennenden Themen, konnten wir beantworten. Vertreter der anderen Polizeigewerkschaften waren entweder nicht erschienen oder haben die Möglichkeit verstreichen lassen, sich den Fragen ihrer Mitglieder zu stellen. Gerade in der Personalversammlung der PI Stralsund hat dies schon für Verwundung gesorgt.

Der Landesvorstand



Noch heute Lebensretter werden, sagten sich viele Kollegen/-innen auf der Personalversammlung in Anklam und ließen sich als Stammzellspender registrieren.

Anzeige



Wir brauchen dich!

Der VDP – der Verlag deiner Gewerkschaft – sucht Kollegen, die neben Beruf oder Ruhestand Zeit und Lust für eine gut bezahlte Tätigkeit als freiberuflicher Anzeigenverkäufer in Mecklenburg-Vorpommern haben.

Hilf uns, unsere Präventions- und Festschriften für die GdP in Mecklenburg-Vorpommern zu bewerben und herauszubringen. Nähere Informationen erhältst du unter www.VDPolizei.de. Oder ruf uns an unter Telefon 0211/7104-183 (Antje Kleuker).

Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit dir!



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
 Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei
 Forststraße 3a, 40721 Hilden
 Telefon 02 11 / 71 04-183, Frau Antje Kleuker
Antje.Kleuker@VDPolizei.de
www.VDPolizei.de

DER LANDESVORSTAND

GdP-Betreuung

WIR waren mit EUCH unterwegs



Am 30. April in Rostock



1. Mai in Schwerin



Bordzulage für Besatzungsangehörige an Bord von seegehenden Schiffen wird weiterhin gezahlt

Der GdP-Rechtsschutz ist und bleibt einer der wichtigsten (neben vielen anderen) Leistungen, auf die unsere Mitglieder einen verbrieften Anspruch haben. Und das auch in scheinbar schwierigen Situationen.

Was war passiert?

Das Landeswasserschutzpolizeiamt M-V gewährte den Besatzungsmitgliedern von Küstenstreifenbooten bis zum 31. 12. 2013 eine monatliche Erschweriszulage (sogenannte Bordzulage) in Höhe von monatlich 53,69 € gemäß der Erschweriszulagenverordnung. Anschließend wurde die Bordzulage nicht mehr gezahlt, weil nach Auffassung des Landeswasserschutzpolizeiamtes M-V die Zahlungsvoraussetzungen nicht mehr vorlagen. Nach erfolglosem

Vorverfahren hat unser Mitglied der Gewerkschaft der Polizei Klage beim Verwaltungsgericht Schwerin erhoben. Nunmehr hat das VwG Schwerin am 1. 4. 2016 entschieden, dass unserem Kollegen die Erschweriszulage über den 31. 12. 2013 hinaus zu gewähren ist (zum Redaktionsschluss war das Urteil noch nicht rechtskräftig).

Recht haben und Recht bekommen sind in unserer Gesellschaft, wie das Sprichwort so schön beschreibt, zwei Paar verschiedene Schuhe. Gut zu wissen, dass sich unsere GdP-Mitglieder auf die Rechtsschutzzusage



zu jeder Zeit und völlig unkompliziert verlassen und auf kompetente Rechtsanwälte zurückgreifen können.

**Jörn Liebig,
Verantwortlicher im Landesvorstand
für Rechtsschutzangelegenheiten**

LÄNDERWECHSEL

Stellentausch für Kollegen/-innen

Immer wieder erreichen uns Bitten, ob wir nicht einen Stellentausch zwischen Kollegen/-innen aus anderen Bundesländern vermitteln können. Dazu bieten wir folgende Möglichkeit: – Online-Stellentauschbörse auf den Webseiten der GdP (Bund). Mit einer komfortablen Online-Stellentauschbörse hat die Gewerkschaft der Polizei ihren Mitgliederservice im GdP-Web-Portal erweitert. Über die GdP-Stellentauschbörse können unsere Mitglieder bundesweit Stellentauschwünsche und -angebote unkompliziert, schnell und kostenlos veröffentlichen.

Hinweise:

Wechselwillige Beamtinnen und Beamte stellen auf dem Dienstweg einen Versetzungsantrag. Ihr Antrag wird zusammen mit Ihrer Personal- und Gesundheitsakte dem Ministerium für Inneres und Sport Mecklenburg-Vorpommern, Referat II 420-f, z. Hd. Frau Holm, Alexandrinenstr.1, 19055 Schwerin, zur Weiterbearbeitung und Koordinierung der Versetzung zugeleitet.

Für diesen Wechsel müssen sich die Beamtinnen und Beamten selbst um einen Tauschpartner

oder eine Tauschpartnerin bemühen. Das Ministerium für Inneres und Sport führt jedoch auch eine Liste wechselwilliger Beamtinnen und Beamter aus anderen Bundesländern.

Eine Versetzung ist nicht möglich, wenn gegen die Beamtin oder den Beamten ein Disziplinarverfahren läuft oder noch nicht getilgt ist.

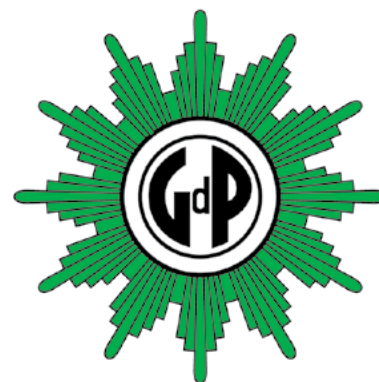
Die Prüfung der Versetzung dauert in etwa sechs Monate.

Wenn kein Interesse mehr an einer Versetzung besteht, werden die Beamtinnen und Beamten gebeten, ihr Versetzungsgesuch schriftlich zurückzuziehen.

Weitere Fragen zur Versetzung in ein anderes Bundesland beantwortet im Ministerium für Inneres und Sport Mecklenburg-Vorpommern
Frau Holm, Tel.: 03 85/5 88-24 68.

Anschrift:

Ministerium für Inneres und Sport
Mecklenburg-Vorpommern
– Referat II 420-f –
Arsenal am Pfaffenteich
Alexandrinenstraße 1
19055 Schwerin



KREISGRUPPEN SCHWERIN, LKA M-V UND LBPA/LPBK M-V

„Das war spitze!“

Nach dem 20. Polizeiball der Kreisgruppe Schwerin im Oktober 2012 wurde immer wieder gefragt, warum die jahrelange Tradition nicht fortgesetzt wird. Nun endlich war es soweit! Am 23. April luden die Kreisgruppen Schwerin, LKA M-V und LBPA/LPBK M-V zum „Frühlingsball der Polizei“ nach Rabenstein ein.

200 Gäste aus den Reihen der Landespolizei, von regional ansässigen Unternehmen und Lorenz Caffier, Ingolf Mager, Ingo Renk sowie Konrad Herkenrath als Ehrengäste folgten der Einladung zu einem gelungenem Abend in das Hotel Rabenstein.

Zu Beginn standen die Eröffnungen des Abends durch die Live-Band „Blue Light, des Büfetts durch den Moderator Silvio Bamberg und reichlich Flaschen Wein vom Team, um Frau Franke.

Die Mädchen der Hip-Hop-Tanzgruppe „Crazy Crabs“ heizten den Gästen schwungvoll ein und die letzten Unentschlossenen wurden von den Darbietungen des professionellen Tanzpaares des TSC Schwerin überzeugt, beim Eröffnungstanz den langsamen Walzer aufs Paket zu legen.

An diesem Abend haben wir nicht nur die vier Tombolagegewinner glücklich gemacht, sondern auch die Geburtstagskinder mit einer Torte um Mitternacht überrascht.

Die Band um Steffen Salow (Foto) spielte alle Genres und machte den Frühlingsball bis 3 Uhr morgens zu einem gelungen Auftakt, einer zu wiederholenden Veranstaltung.

Die Tanzerei hat neben den geschwollenen Füßen auch etwas sehr Gutes eingebracht. Es kann ein Überschuss in Höhe von 1000 € an eine soziale und/oder gemeinnützige Initiative gespendet werden.

Ohne die Gäste, Helfer, Initiatoren und Beteiligten wäre der Frühlingsball nicht so schön geworden.

Wir sagen Danke und bis zum nächsten „Frühlingsball der Polizei“ in 2017!

**Arbeitsgruppe Ball
KG Schwerin, LKA M-V und LBPA/
LPBK M-V**



KREISGRUPPE LBPA/LPBK M-V

Hartmut Krämer neuer Kreisgruppenvorsitzender

Der Kreisgruppenvorstand der Gewerkschaft der Polizei hatte am 13. 4. 2016 die GdP-Mitglieder unserer Kreisgruppe zur Jahresmitgliederversammlung in die Kantine des Polizeizentrums Schwerin recht herzlich eingeladen. Nach der Eröffnung und Begrüßung durch den Kreisgruppenvorsitzenden erfolgten der Bericht des Vorsitzenden und der Bericht des Kassierers. Nach der Entlastung des Vorstandes bedankte sich der bisherige Vorsitzende, unser Kollege Jörn Liebig, recht herzlich bei den Mitgliedern des Vorstandes für die Unterstützung in der Arbeit der letzten mehr als zehn Jahre, in denen er die Kreisgruppe als Vorsitzender geführt hatte.

Nach der Neuwahl des Kreisgruppenvorstandes konnte er den Staffeln in erfahrene Hände weitergeben.

Als neuer Vorsitzender unserer Kreisgruppe wurde Kollege Hartmut Krämer aus der Technischen Einsatzeinheit gewählt. Weiterhin gehören dem Vorstand folgende Mitglieder unserer GdP-Kreisgruppe an:

- Ulrich Schroeder (Stellv.),
- Dirk Wollermann (Kassierer),
- Melanie Schöne (stellv. Kassierer),
- Ute Wienecke (Schriftführer),
- Jörn Liebig (Koordinator der VL),
- Ralph Hofmann (Beisitzer) und
- Silvio Bamberg (Beisitzer).



Fremdbestimmung verursacht Stress

Gestresst vom Job? Das liegt nicht selten an den Arbeitsbedingungen. Wissenschaftler haben untersucht, wie Arbeitgeber die Beschäftigten entlasten können.

Stress schadet der Gesundheit. Das ist allgemein bekannt, unternommen wird dagegen jedoch wenig. Dabei könnten gerade Arbeitgeber einiges tun, um Druck von ihren Mitarbeitern zu nehmen. Insbesondere fremdbestimmte unregelmäßige Arbeitszeiten, Überstunden und schlechte Aufstiegschancen erhöhen den Stress am Arbeitsplatz, wie eine Studie von Elena Shvartsman und Michael Beckmann zeigt. Die Wirtschaftswissenschaftler der Universität Basel wollten herausfinden, wie sich die Personalpolitik von Unternehmen auf die Mitarbeiter auswirkt.

Der Analyse zufolge führen lange Arbeitszeiten nicht notwendigerweise zu höherer Belastung. Entscheidend sei, in welchem Maße die Beschäftigten ihre Zeiten selbst gestalten können. „Fehlende Autonomie bei der Arbeitszeitgestaltung ist eine potenzielle Quelle für Stress“, schreiben die Wissenschaftler. Beschäftigte, deren Arbeitgeber zeitliche Flexibilität einfordert, seien in der Regel gestresster. Ebenfalls stressgefährdet sind laut Studie diejenigen, die gezwungenermaßen lange arbeiten – etwa weil Überstunden vom Chef festgesetzt werden. Wenn lange Arbeitszeiten und geringe Entscheidungsspielräume zusammentreffen, sei das Risiko stressbedingter Belastungen besonders hoch.

Wer seine Stunden flexibel einteilen kann, fühle sich weniger gestresst, so die Forscher. Wobei es auch unter den selbstbestimmten Arbeitnehmern Unterschiede gibt: Wer völlig frei über seine Arbeitszeit entscheiden kann, arbeitet pro Woche durchschnittlich rund acht Stunden mehr als vertraglich vereinbart. Gibt es dagegen einen Rahmen, innerhalb dessen die Arbeitsstunden frei verteilt werden können – geregelt zum Beispiel durch Arbeitszeitkonten – kommen Beschäftigte auf weniger als vier Überstunden. Sie leisten damit unwesentlich mehr Überstunden als Arbeitneh-

Wer keine Vorgaben hat, arbeitet länger

So viele Überstunden pro Woche arbeiten Beschäftigte mit ...



Quelle: SOEP 2006 und 2011, Shvartsman/Beckmann 2016 Grafik zum Download: bit.do/impuls0257

Hans Böckler Stiftung

Jeder Zweite fühlt sich gehetzt

Beschäftigte müssen häufig ...



Umfrage unter 15.541 Beschäftigten; Anteil der Befragten, in deren Arbeitssituation der jeweilige Belastungsfaktor sehr häufig oder oft auftritt Quelle: DGB-Index Gute Arbeit 2015 Grafik: bit.do/impuls0259

Hans Böckler Stiftung

mer mit festen Zeiten. Das zeigt: Es ist gut, selbst entscheiden zu können, wann man seine Aufgaben erledigt, die Zahl der Stunden aber in begrenztem Rahmen bleibt.

Wenn umgekehrt der Arbeitgeber über flexible Arbeitszeiten bestimmt, kommen Beschäftigte auf etwa fünf Stunden Mehrarbeit pro Woche. Gleichzeitig lässt sich „eine zunehmende Stressintensität bei Arbeitnehmern mit fremdbestimmten flexiblen Arbeitszeiten nachweisen“, schreiben die Wissenschaftler.

Wichtig ist außerdem, ob die Beschäftigten eine angemessene Gegenleistung für ihren Einsatz erhalten. Dabei kann es sich zum Beispiel um einen entsprechenden Lohn oder die Aussicht auf eine Beförderung handeln. Sind die Chancen auf einen beruflichen Aufstieg schlecht, wird

die Arbeit der Studie zufolge als stressiger empfunden. Umgekehrt fühlen sich Arbeitnehmer weniger gestresst, wenn sie denken, dass ihre Arbeit gerecht bezahlt wird.

„Erstens sollten Arbeitgeber darauf achten, adäquate Gehälter zu zahlen“, schreiben die Wissenschaftler. „Zweitens sollten sie Aufstiegschancen ermöglichen. Und schließlich sollten sie Mitarbeitern mehr Kontrolle über ihre Arbeitszeit gewähren, beispielsweise durch Gleitzeit oder selbstbestimmte Arbeitszeit.“ Selbst bei hohen Anforderungen lässt sich so verhindern, dass der Druck im Job ständig zunimmt, sofern die Arbeitszeit insgesamt nicht ausufert.

Erschienen in **Böckler Impuls 3/2016**

